

# Sonderbeilage für das werktätige Landvolk

## Den werktätigen Bauern muß geholfen werden

### „Allerlei „Bauernfreunde“

Dem Bauern geht es schlecht. Im Haushaltsaus- schuß des Reichstags haben das verschiedene Redner mit seltener Einmütigkeit festgelegt. Aber damit hört die Einmütigkeit auch schon auf. Der Streit beginnt mit der Frage: Wofür geht es schlecht? Und wo es soll geholfen werden, dem kleinen, selbstarbeitenden Bauern, oder dem „Herrenbauern“, der gar kein Bauer, sondern landwirtschaftlicher Unternehmer ist. Der Reichs- landbund und die ihm nahestehende Deutsche Na- tionale Volkspartei haben eine eigene Auffassung vom Bauern, dem geholfen werden soll. Bei ihnen beginnt der Bauer erst bei etwa 40 bis 50 Hektar guten Bodens, und die Grafen und Barone und landwirtschaftlichen Unternehmern mit Tausenden von Morgen Land, die sie gar nicht selbst bearbeiten, von deren Bearbeitung sie vielleicht auch nichts verstehen, sind für die Landbundführer erst die richtigen Bauern. Die kleinen Bauern mit nur wenigen Morgen Land, vollends diejenigen, die noch nebensächlich Lohnarbeit gehen müssen, gelten beim Landbund über- haupt nicht. Er braucht sie höchstens als Stimmvieh für die Zwecke der Großen. Was der Landbund an neuen Arbeiten, an höheren Zöllen, an reaktionärer Arbeiter- politik fordert, kommt allein den großen „Herrenbauern“ zum Nutzen, die ja auch bisher die wahren Hüter der Steuern und Abgaben waren.

Wie der Landbund, so handeln auch die deutschen (christlichen) Bauernvereine. Die ihnen nahestehenden Partien, das Zentrum und die Deutsche Volkspartei müssen zwar um ihrer bäuerlichen Wähler willen, mit das ja auch der Landbund in Thüringen, Hessen oder Württemberg tut, sich den Anschein geben, als kümmerten sie sich um die Interessen der kleinen und mittleren Bauern. Aber praktisch sind die Vertreter der Großbauernschaft, der Bauern mit 30 bis 100 Hektar feinen Bodens.

### Demokratischer Bauernfang

Während die Demokraten und Sozialdemokraten. Hinter ihnen steht die „Deutsche Bauernschaft“ mit dem bayerischen Bauernbündler Feder, der gleichzeitiger bayerischer Landwirtschaftsminister und Schwerverdiener ist, an der Spitze. Ein eigenes Bauernprogramm haben diese Art Leute nicht. Ihre Forderungen sind schlechte Kopien der Landbundforderungen, mit einigen bauern- freundlichen Abstrichen durchsetzt. Sie wollen z. B. aus- gezeichnet dem Bauern damit helfen, daß sie den abgestimmten Kreditumschwindel der Reichsparteien mit- machen, wobei für die Anleiher nur neues Schulden- geld und für die Bauern in der Heimat überhaupt nichts herauskommt.

Genau so machen sie den Kreditumschwindel der Landbündler fröhlich mit. Im Reichstag verlangt der Demokratische Bauernbund, Reichskredite zu erträglichen Zinssätzen „insbesondere“ für die Bauernwirtschaft, und „aus- reichende Berücksichtigung der bäuerlichen Betriebe, auch wenn sie nicht über die nötigen Nealsicherheiten verfügen.“ Genau daselbe hat auch der Landbundpräsident Hepp neulich erklärt. Woher diese Einmütigkeit? Wer auch nur ein wenig Kenntnis der bisherigen Verteilungsart bei staatlichen Zuschüssen und Krediten besitzt, der weiß, wie die Kreditanstalten und auch die landwirtschaftlichen Ge- nossenschaften die „Berücksichtigung“ der bäuerlichen Betriebe aussäßen. Selbst wenn die Bauern jetzt Kredite lieber gegen Schuldscheine erhalten sollten, so wird das ihnen nicht viel helfen. Denn ausdrücklich verlangen Hepp wie Nönnberg, daß die neuen Kredite nur „an wirklich lebens- fähige Betriebe“ gegeben werden. Hier ist nun „wirklich lebensfähig“? Für die Geldgeber stets der größere Bauer und der Gutbesitzer. Die kleinen und mitt- leren Landwirte werden trotz allem müssen, wenn sie zu hohen Zinsen einen kleinen Rest erhalten.

Auch den Zinsschwindel des Landbundes machen diese demokratischen Bauernfreunde jetzt mit. Dem Arbeiter in der Stadt stellen sie mit ihrem Antrag auf Beseti- gung des zollfreien Gefrierfleischkontin- gents auch noch das bishigen Suppenfleisch, das er sich bisher ab und zu leisten konnte, ohne daß sie den arbeiten- den Bauern etwas dafür geben, weil ja die hohen Lade- preise für Frischfleisch durch diese Maßnahme nicht herab- gesetzt, sondern eher gesteigert werden, der Konsum sich also nicht hebt. Der Landbund stimmt freudig zu. Die Demokraten, d. h. die „Deutsche Bauernschaft“ verlangte zudem noch die Einfuhr von Gefrierfleisch. Als ob das kleine bei der Einfuhr von Schweinen. Als ob das kleine Bauern damit geholfen wäre. Nicht der Bauer, sondern der große Handel und die Rittergüter be- fähigt besorgen die Zufuhr und stecken den Gewinn aus- der zollfreien Wiedereinfuhr in die Tasche. Schon heute gehen die Zucker dazu über, auf ihren Gütern Groß- schweinezucht aufzumachen. Sie machen mit Hilfe der Zölle und Einfuhrzöllen den kleinen und mitt- leren Bauern schärfste Konkurrenz. Es ist also eine recht zweifelhafte Bauernfreundschaft, die die Demokraten an den Tag legen.

Die kommunistische Partei braucht sich nicht zu loben. Sie hat in Rußland bewiesen, daß sie nicht den Großbauern, sondern dem Arbeitsbauern hilft, und jeder deutsche Bauer, der sich überzeugen will, kann seine Kollegen fragen, die letzten Herbst nicht nur Moskau,

sondern auch die deutsche Sowjarepublik besuch- ten, oder er kann sich die Wolgadutschen Zeitungen bestellen, in denen die Verordnungen und Maßnahmen der Sowjetregierung, aber auch die oft recht unverblühte Kritik der Bauern abgedruckt sind. (Auskunft erteilt der Reichsbauernbund, Geschäftsstelle Berlin W, Lützow- ufer 1.)

### Die Kommunisten für die Bauern

Im Reichstage wie in den Parlamenten der Länder kämpfen die Kommunisten seit Jahren für eine wirkliche Bauernhilfe. Schon gleich nach der Novemberrevolution forderten sie billigen Staatskredit, Saatgut, Düngemittel, Zuschüsse und Maschinen für die Arbeitsbauern. Sie verwarfen die von den Sozialdemo- kraten so hartnäckig verteidigte bürokratische Zwangswirt-

### Sofort bestellen für 10 Pfennig!

Sehen ist eine hochaktuelle, niedrige Broschüre für die Land- arbeiterchaft im Völkerverlag, Berlin, Alexanderstraße, erschienen. „Heraus aus dem Elend!“

schaft und verlangten die direkte Verbindung der bäuer- lichen mit den Verbrauchergenossenschaften. Die Kommuni- stischen waren es, die den Reichslandbund seinen bauern- feindlichen Schwundel bei der Streueinrichtung in der Kredithilfe nachwies, und nicht zuletzt ihrem Tode hat es der bäuerliche Familienbetrieb zu verdanken, wenn heute endlich der Landbund sich dazu bequemen mußte, für eine gerechtere Streueinrichtung und Kredit- hergabe an nichtinsolventen Landwirte, für die Auf- hebung der Umsatzsteuer aus dem eigenen Verbrauche und für die teilweise Befreiung der bäuerlichen Familienmit- glieder von der Einkommensteuer einzutreten. Er hat da- mit nur einen kleinen Teil der Forderungen übernommen, die die Kommunisten im Interesse der werktätigen Bauern jahrelang vertreten haben. Er tat das nicht, um den Bauern zu helfen, sondern weil sie in helle Scharen ihm dabozuzulassen begannen.

Auch jetzt wieder sind es im Reichstage einzig die Kommunisten, die bei den Haushaltsberatungen Anträge eingebracht haben, die mehr als eine bloße Freundschafts- erklärung für die Kleinbauern sind, und deren Durchfüh- rung zwar noch keine endgültige Rettung, aber doch eine fühlbare Erleichterung für die Bauernwirtschaft bedeuten würde. Die Kommunisten geben dabei von folgenden Zeitgedanken aus:

### Schau der Regierung auf die Finger!

Man muß eine genaue öffentliche Kontrolle einrichten, über alle die bisher von Reichs- und Länder- regierungen angelehrt der „Landwirtschaft“ zur Verfügung gestellten Geldsummen, die bekanntlich seit 1924 - von den Rentenbankkrediten abgesehen - schon in die Hunderte von Millionen gehen. Wer hat diese Gelder be- kommen? Wieviel davon erhielten die kleinen und mittleren Bauern und zu welchen Bedingungen? Was tat die Regierung mit den bewilligten Geldern zur plan- mäßigen Förderung der Bauernwirtschaft, zum Ausbau, Wirtschaftsberatung, Sorten- und Rassenverbesserung und zur Berufschulung gerade der kleineren und kleinsten Landwirte, die nicht inselnde sind, aus eigener Kraft Ackerbauhöfen und landwirtschaftliche Hochschulen zu be- suchen? Die Regierung muß gezwungen werden, Jahr für Jahr genau Rechnung zu legen und gewählte Ver- treter der arbeitenden Bauern nicht nur beraten, sondern auch bestimmen beizugeben. Hierzu gehört auch eine gründliche Vonderung in der Zusammen- setzung der Landwirtschaftskammern, wo bisher Großgrundbesitzer und Oligomenen die Aus- schlag gaben, Landarbeiter und wirkliche Bauern kaum ver- treten waren. Erst durch solche Änderungen kann man der Bauernwirtschaft zugunsten der Rittergüter und der Groß- bauernhöfe, wie sie heute im Schwange ist, ein Ende setzen.

### Billige Staatskredite für den Arbeits- bauern!

Es ist Bauernfang, einfach Kredite „zu erträglichen Zinssätzen“ zu verlangen, und dabei die Berücksichtigung „insbesondere der bäuerlichen Familienbetriebe“ zu wün- schen. Dabei kommt für den kleinen Bauern nichts heraus. Es wird doch der Bodenanteil den Großen zugeschanzt. Man muß eine bestimmte, ausreichende Geldsumme im Etat Jahr für Jahr festsetzen, die ausschließlich für die bäuerlichen Familienbetriebe bestimmt ist, und die durch Genossenschaften, Sparkassen oder Gemeinden ohne Zwischenschaltung und unter direkter Mitwirkung bäuerlicher Ver- trauensleute möglichst in Form der notwendigen Waren verteilt wird. Für besondere Notfälle müssen besondere zinslose Kredite oder auch „verlorene Zuschüsse“ bereit- gestellt werden.

Als „Sicherheits“ kommt weder Boden noch Inventar des arbeitenden Bauern in Betracht. Mißbrauch der Kre- dite kann durch Verweigerung weiterer Kredite geahndet werden. Die heute den bäuerlichen Betrieb erdrückenden

hochverzinsten Schulden sind in niederverzinsten Staatshypotheken umzuwandeln.

### Hebung der Bauernwirtschaft

Mit Geld allein kann dem Bauern nicht geholfen werden. Man muß ihm helfen das Geld so zu verwenden, daß seine Wirtschaft vorwärts kommt und dem Großbetriebe die Stange halten kann. Der bäuerliche Kleinbetrieb in Deutschland ist heute gegenüber dem Groß- betrieb rückständig. Künstliche Preisstreiterei auf dem Markt, wie das der Landbund mit seiner Postpolitik und der Gründung zentraler Handelsvereinigungen zur Steige- rung der Preise betreibt, hilft dem werktätigen Bauern nicht im geringsten. Der Staat muß ihm die Mittel geben und den Weg zeigen, um durch eine offensichtliche Zusammenfassung und Verbesserung der Betriebs- bildung seine gute, in der Qualität einseitige Standa- rware herauszuheben, wie sie seit Jahrzehnten schon von den Bauern Danemarks, Hollands und der Schweiz exportiert werden. Hierzu gehören Maßnahmen zur Verbesserung des Viehbestandes und der Getreideernte, der Saatgut- verwendung und Getreidereinigung, des Mischverfandes, der Richtigfütterung, der Düngung, der Mähdrescher, des Gemüses und Obstbaues, aber auch Maßnahmen zur Ver- besserung der Verpackung und zur Organisation des Ab- satzes bäuerlicher Waren. Alles das kann der Arbeits- bauer nicht aus eigener Kraft. Was heute an Herdbau- gesellschaften, Versuchsanstalten, modernen Gemüsehäusern, Produktion von „Markenware“ und dergleichen gemacht wird, geschieht ausschließlich zugunsten der Gutshöfe und größe- ren Bauern, so daß der Abstand zwischen dem boden- reichsten Gutshof und der Kleinbauernwirtschaft immer größer statt kleiner wird. In den Getreidegebieten, z. B. Erzgebirge und Oberrhein, müssen noch besondere Maß- nahmen getroffen werden, um den Getreidebauern zu helfen, ihre Betriebe auf Erzeugung und Verkauf solcher Produkte umzustellen, die trotz der Höhenlage einiger- maßen regelmäßige und beträchtliche Ergebnisse liefern. Aber nicht durch Befreiung und Zwang kann solche Maß- nahmen durchzuführen, sondern unter Mitwirkung der wer- tätigen Bauern selbst, durch Auffklärung und mit Mitteln von Lebrätern, Betriebs- und Musterbetrieben.

### Herunter mit dem Steuerlast

Den Arbeitsbauern muß endgültig die schwere Steuerlast von den Schultern ge- nommen werden. Die sogenannten „Steuermäßig- ungen“ brachten den Bauern bisher keine Erleichterung, da der bürgerliche Staat immer mehr Ausgaben auf die Gemeinden abwälzt und diese zwingt, die notwendigen Summen nicht von den Leuten, sondern vom kleinen Manne einzutreiben. Man muß verlangen, daß Boden und Inventar des bäuerlichen Familienbetriebes von der Zwangseinkommensteuer freigestellt, daß die „Adernahrung“ des Bauern nicht besteuert werden darf. Ebenfalls darf man Grundbesitzsteuer, Erbschafts- oder Nachlasssteuer von solchen Grundstücken erheben, die ausschließlich der Er- haltung der bäuerlichen Familie dienen. Für die Gemein- den müssen höhere Anteile aus den Reichs- und Staats- einkünften gefordert werden und die Übernahme des Aus- gaben für soziale Fürsorge, Schule und Polizei auf den Staat. Die indirekten Steuern belasten den Bauern wie den Arbeiter. Darum fort mit Zuck- steuern, Biersteuer, Tabaksteuer, Reich und Län- der sollen dort die Steuern einziehen, wo man Millionen- profite aus dem Schweiß der Arbeiter herauszuginnt und herrlich und in Freudens lebt, bei Großgrundbesitzern, Groß- bankiers und Großgrundbesitzern. Reich und Länder sollen sparlos sein; aber nicht auf Kosten der kleinen, schlecht be- zahlten Beamten, sondern auf Kosten der hohen Generals-, Minister- und Geheimratsgehälter. Das Deutsche Volk kann auch auf neue Panzerkreuzer, Zuchthäuser und Finanz- ämter recht gut verzichten! Man soll den Großgrundbesitzern und Junkern die Liebesgaben streichen und das Geld den Arbeitern und Bauern geben.

### Land für die Landarmen

Zehntausende kleiner und mittlerer Bauern können heute unter der Last der Pachtzinsen. Andere Zehntausende leben an Boden- not oder brauchen Boden für ihre Söhne und Töchter. Wir haben ein „Pachtzinsgesetz“, das dem kleinen Pächter nur wenig nützt, und ein „Reichsfluchtgesetz“, das sich immer deutlicher als Fluchtgesetz zur Verhinderung der Bauernflucht auswirkt. Die Landfluchtverhinderung treiben die Bodenpreise hoch und die „gemeinnützigen“ Land- gesellschaften machen gemeindefähliche Geschäfte. Solche Siedlung hilft nur den Großgrundbesitzern und Spekulant. Darum sind ja auch die Landbündler jetzt dafür. Eine Bauernsiedlung, die dem arbeitenden Bauern Hilfe brin- gen soll, darf nicht in der sanftigen Heimat, sondern muß von den Wäldern der Industriegebiete, sondern muß in der Heimat anfangen. Das bisherige Pachtland muß Bauernland werden. Schlicht bewirtschaftete Großgüter und überflüssige Forstflächen privater Jagdberechtigten geben brauchbaren Bauernacker. Siedlung kann dem Arbeits- bauern nur dann eine bessere Heimat schaffen, wenn er den Boden umsonst und billigen Staatskredit für Haus und Inventar erhält. Der Staat muß deshalb das Land ent- eignen und ohne Zwangsgewalt von spekulierenden Ge-

